

17./XII. 1915

## Das Gesetz gegen Preistreibereien in Ungarn.

Budapest, 16. Dezember. Das Abgeordnetenhaus verhandelte heute die Vorlage gegen Preistreibereien.

Referent Niameshy empfiehlt in längerer Rede die Vorlage zur Annahme und betont, daß die von der Regierung vorgeschlagenen Verfügungen im Interesse der nationalen Wirtschaft gelegen seien.

Hierauf ergreift Ueberbauminister Baron Ghillany das Wort, um auf die im Verlaufe der Indemnitätsdebatte gegen die Regierung erhobenen Beschuldigungen und Kritiken zu erwidern.

Zunächst weist der Minister nach, daß Requirierungen überall durch behördliche Verwaltungsorgane vorgenommen wurden; aus dem Kreise der Kaufmannschaft wurden den Verwaltungsorganen nur Mithilfskräfte zugewiesen, und zwar auf Empfehlung der größten Firmen aus der Reihe jener Kaufleute, die in materieller und moralischer Beziehung vollständige Gewähr boten. Die Angriffe des Abgeordneten Rakovszky gegen die Banken, als ob sie bei der Verteilung des Saatkorns einen großen Nutzen erzielt hätten, sind unbegründet, da festgestellt werden kann, daß die Verteilung von Saatkorn gegen den Salostkostenpreis, und zwar durch landwirtschaftliche

Vereine, erfolgt ist. Der Minister verweist auch auf die Tatsache, daß die von der Polizei vorgenommenen Nachforschungen nur das Vorhandensein von geringen Vorräten festgestellt haben und daß bei der Kreditbank überhaupt keine Fettwaren vorgefunden wurden.

Auf andre Angriffe übergehend, weist der Minister nach, daß die spät erfolgte Aufhebung der Getreidezölle nicht die Schuld an den hohen Getreidepreisen trage, denn unmittelbar nachdem die Regierung die Getreidezölle aufgehoben hatte, wurde in Rumänien ein Getreideausfuhrverbot erlassen und wurden sehr hohe, in Gold zahlbare Ausfuhrgebühren angeordnet. Unsere Ernte im Jahre 1914 war eine sehr schwache und verursachte eine große Enttäuschung. Wir haben damals hohe Maximalpreise festgesetzt, aber dennoch keine Ware bekommen. Die diesjährigen Ernteaussichten waren überaus günstig, und die Landwirte glaubten, fürchten zu müssen, daß sie ihre Ware nicht zu einem angemessenen Preise verkaufen können. Die Regierung ließ die ganze Ernte unter Sperre nehmen; es war dies gewissermaßen eine monopolistische Verfügung. Im Verlaufe der Verhandlungen, die die Regierung diesbezüglich mit den Führern der Opposition gepflogen hat, trat keinerlei Meinungsverschiedenheit zu Tage. Die Kriegsgetreidegesellschaft wirkt den Intentionen entsprechend, die in diesen Konferenzen in den Vordergrund traten. Der Minister des Innern habe schon unmittelbar nach dem Beginn des Krieges an die Municipien einen Erlaß gerichtet, der ein energisches Auftreten gegen die unnatürlichen Preistreibereien vorsieht. Die Behörden vermochten dennoch in nur wenigen Fällen einzuschreiten, weil seitens des Publikums keine konkreten Klagen erhoben wurden.

Der Minister spricht sodann über die Milchproduktion und sagt, daß die Festsetzung von Höchstpreisen für Milch das am allerwenigsten geeignete Mittel ist, um die Milchproduktion zu fördern. Die Betriebskosten der Milchproduktion haben außerordentlich zugenommen, so daß die Milchwirtschaften größtenteils mit einem Defizit arbeiten. Der Minister sei bemüht, die vorhandenen Futtermittelvorräte zu zentralisieren und dieselben den Milchwirtschaften zutommen zu lassen. Es sei ja möglich, daß einzelne Verordnungen verspätet erfolgten, doch müsse er auf die Tatsache verweisen, daß alle in dieses Gebiet einschlagenden Verordnungen in Oesterreich, Deutschland und Ungarn sozusagen zu der gleichen Zeit erfolgten. Manchmal erschien unsere Verordnung früher, manchmal die der beiden andern Staaten.

Der Minister weist hierauf auf Grund der Marktpreise nach, daß die Behauptungen, als ob die Lebensmittelpreise in Berlin billiger wären, mit Ausnahme der Fleischpreise absolut übertrieben sind. Es gab Zeiten, wo Schweinefleisch und Fett in Budapest billiger waren, als in Berlin. Was die billigen Fleischpreise in Deutschland betrifft, so hat der große Futtermangel angeichts des großen Viehbestandes die Preise bedeutend herabgedrückt; die Folgen des Krieges haben natürlich gewisse Preiserhöhungen verursacht, aber mittels Verordnungen läßt sich nicht alles erreichen, am allerwenigsten kann man Waren herbeischaffen. Der Redner verweist auf die Diszipliniertheit des deutschen Publikums, während unserm Publikum das volkswirtschaftliche Leben gänzlich verschlossen war und es zu demselben erst herangezogen werden muß. Redner will nicht leugnen, daß es Fehler gibt und noch geben wird. Er sehe der Kritik mit Ruhe entgegen und übernehme die Verantwortung für die Verfügungen der Regierung; nur sei er der Ueberzeugung, daß in das volkswirtschaftliche Leben so tief einschneidende drastische Verfügungen mit einer gewissen Schonung durchgeführt werden müßten, und zwar nicht im Interesse der Produzenten, sondern im Interesse der Konsumenten. Er sei überzeugt, daß die ungarische Gesellschaft auch in dieser Beziehung sich ihren Teil herausnehmen werde an den bevorstehenden Aufgaben. Der gemeinsamen Kraft, dem gemeinsamen Willen und der gemeinsamen Arbeit werde es gelingen, alle Schwierigkeiten zu beseitigen. Redner empfiehlt die Vorlage zur Annahme. (Unhaltender lebhafter Beifall.)

Abg. Csernai (Unabhängigkeitspartei) dankt dem Minister für die Aufklärungen und erklärt im Namen seiner Partei, daß sie die Vorlage im allgemeinen und in den Details annehme.

Abg. Julius Sagh (Unabhängigkeitspartei) wünscht Maßnahmen gegen die Verbreitung gesundheitschädlicher Lebensmittel.

Abg. Stephan Rakovszky (Volkspartei) erwartet von der Vorlage keinen besonderen Erfolg; er behält sich vor, über die Wirksamkeit der Kriegs-